



PRESSEMITTEILUNG

Kein Wildwuchs bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

12. November 2020

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion fordert, die Aussetzung des Landesvergabegesetzes bis zum Ende des Jahres 2021 zu verlängern. Dazu erklärt die Landesleiterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Sachsen-Anhalt, Susanne Wiedemeyer:

„Wer die Corona-Pandemie als Vorwand nimmt, um tarifliche Standards und gute Arbeitsbedingungen zu schleifen, betreibt ein übles und gefährliches Spiel. Auch in einer Krise darf bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Steuergeldern kein Wildwuchs herrschen. Ein Mindestmaß an Standards ist im Interesse der Allgemeinheit und nicht der Grund für die wirtschaftliche Schiefelage von Unternehmen. Mit dem erneuten Vorstoß befeuert der CDU-Wirtschaftsflügel sein Ziel, das Vergabegesetz gänzlich abzuschaffen und damit steuerfinanziertem Lohndumping und Tariffucht Tür und Tor zu öffnen.“

Landespressestelle

PM 28

Martin Mandel

Pressesprecher
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

martin.mandel@dgb.de

Telefon: 0391/625 03 23

Mobil: 0170/4516747

Otto-von-Guericke-Straße 6
39104 Magdeburg

www.sachsen-anhalt.dgb.de